

Pressemitteilung

28. Februar 2013

Windmüller können mehr – wenn man sie lässt

Pläne zur Änderung des EEG gefährden Windkraft-Ausbau in Schleswig-Holstein

KIEL/ HUSUM – 124 neue Windkraftanlagen mit einer Leistung von 308 Megawatt (MW) wurden im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein errichtet. 61 Anlagen bzw. 41 MW Leistung wurden im Zuge des Repowering abgebaut. Der Netto-Zubau betrug also 63 Windenergieanlagen (267 MW). Damit standen zum 31. Dezember 2012 im nördlichsten Bundesland insgesamt 2.672 Windkraftanlagen mit einer installierten Leistung von 3.403 MW. Diese Zahlen stellten Walter Eggersglüß für die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Dr. Martin Grundmann für den Bundesverband WindEnergie und Dr. Matthias Hüppauff für die Netzwerkagentur windcomm schleswig-holstein heute in Kiel vor.

„Damit lag Schleswig-Holstein beim Zubau an zweiter Stelle hinter Niedersachsen“, berichtete Walter Eggersglüß. „Im Vergleich mit anderen Bundesländern fällt auf, dass Schleswig-Holstein im Durchschnitt die niedrigsten Windkraftanlagen hat. Das ist im Grunde verschenkter Ertrag. Mit jedem Meter Erhöhung des Rotors lässt sich auf der gleichen Grundfläche rund 0,6 Prozent mehr Leistung erreichen.“ Dem Argument, ein höherer Turm sei ein stärkerer Eingriff ins Landschaftsbild, hielt Eggersglüß entgegen: „Größere Rotoren mit längeren Flügeln drehen sich langsamer und ergeben dadurch ein ruhigeres Bild.“ Dr. Martin Grundmann appellierte deshalb im Namen des Bundesverbands Windenergie an die Kommunen, die Höhenbegrenzung im Rahmen der Bauleitplanung zu überdenken.

Unter dem Motto „Wir können mehr – wenn man uns lässt“ ging Dr. Grundmann auch auf die Vorschläge des Bundesumweltministeriums zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ein. „Seit im Dezember 2012 die Regionalpläne mit den neuen Windeignungsflächen veröffentlicht wurden, könnten die Planungsbüros eigentlich auf Hochtouren arbeiten – wenn sie Planungssicherheit hätten. Doch die Ankündigungen aus dem Hause Altmaier verunsichern unsere Unternehmen und die gesamte Branche.“ Die Pläne, Vergütungskürzungen bereits zum 1. August 2013 bzw. rückwirkend einzuführen, schrecke viele Financier und Investoren ab. „Große Unternehmen können solche Einschnitte besser verkraften als kleine und mittlere Windparkbetreiber und Bürgerwindparks, die die Windbranche in Schleswig-Holstein prägen“, gab Grundmann zu bedenken. „Die Onshore-Windenergie ist die preisgünstigste Erzeugungsform der Erneuerbaren Energien. 2012 betrug der Anteil der Windenergie am Bruttostromverbrauch bundesweit 10 Prozent, der Anteil an der EEG-Förderung lag bei vier Prozent. Das sind 0,21 Cent pro Kilowattstunde. Ausgerechnet hier kürzen zu wollen, hätte keine Auswirkungen auf den Verbraucherstrompreis.“

Pressemitteilung

Auf die Investitionen und das Gewerbesteueraufkommen durch Windparks ging Dr. Matthias Hüppauff, Projektkoordinator der Netzwerkagentur windcomm schleswig-holstein, ein. windcomm hatte die regionale Wertschöpfung im Rahmen der Masterarbeit einer Studentin von Dr. Olav Hohmeyer, Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft an der Universität Flensburg, untersuchen lassen. Die Arbeit analysiert unter anderem die ökonomischen Effekte der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete, die seit Dezember 2012 von 0,8 auf 1,7 Prozent der Landesfläche mehr als verdoppelt wurden. Entlang der berechneten Ausbauszenarien könnte der Zubau bis zum Jahr 2022 zwischen 2,6 bis 7,6 Gigawatt liegen, je nach installierter Leistung pro Anlage und dem Repowering von Altanlagen. „Dies kann Investitionen von 3,9 bis 11,4 Milliarden Euro im ländlichen Raum auslösen“, betonte Dr. Hüppauff.

Er verwies auch auf die steuerlichen Effekte im vergangenen Jahr und mögliche zukünftige Entwicklungen. Durch einen Netto-Zubau ergaben sich für die Gemeinden zusätzliche Gewerbesteuer-Einnahmen in Höhe von 2,8 Millionen Euro. Insgesamt wurden 2012 allein aus der Windenergie-Nutzung 35 Millionen Euro Gewerbesteuern an die Gemeinden gezahlt. „Wenn wir die installierte Windkraft-Leistung bis zum Jahr 2022 auf 6 Gigawatt verdoppeln, gehen 62 Millionen Euro Gewerbesteuer allein an die Gemeinden. Wenn wir die Windenergie noch stärker ausbauen und in den nächsten zehn Jahren 11 Gigawatt schaffen, könnten es 114 Millionen Euro pro Jahr sein.“ Dr. Hüppauff bekräftigte, dass die kommunale Wertschöpfung bei Bürgerwindpark-Projekten besonders hoch sei, da bevorzugt Unternehmen eingebunden würden, die Arbeitsplätze in der Region sichern. In Regionen wie Nordfriesland würden schon heute fast 100 % der Projekte als Bürgerwindparks realisiert. Das steigere auch die Akzeptanz neuer Windmühlen.

Dr. Martin Grundmann unterstrich dieses Plädoyer für einen weiteren Ausbau der Windenergie: „Die Landesregierung hat sich zu diesem wichtigen wirtschaftlichen Standbein bekannt. Wir hoffen, dass die Bundesregierung auf die Länder hört und eine Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes wie geplant im Jahr 2015, wohlüberlegt und unabhängig vom Wahlkampf, angeht.“

Kontakt: *windcomm schleswig-holstein* - Netzwerkagentur Windenergie, Schloßstraße 7, 25813 Husum,

E-Mail: info@windcomm.de, Internet: www.windcomm.de, V.i.S.d.P.: Dr. Matthias Hüppauff